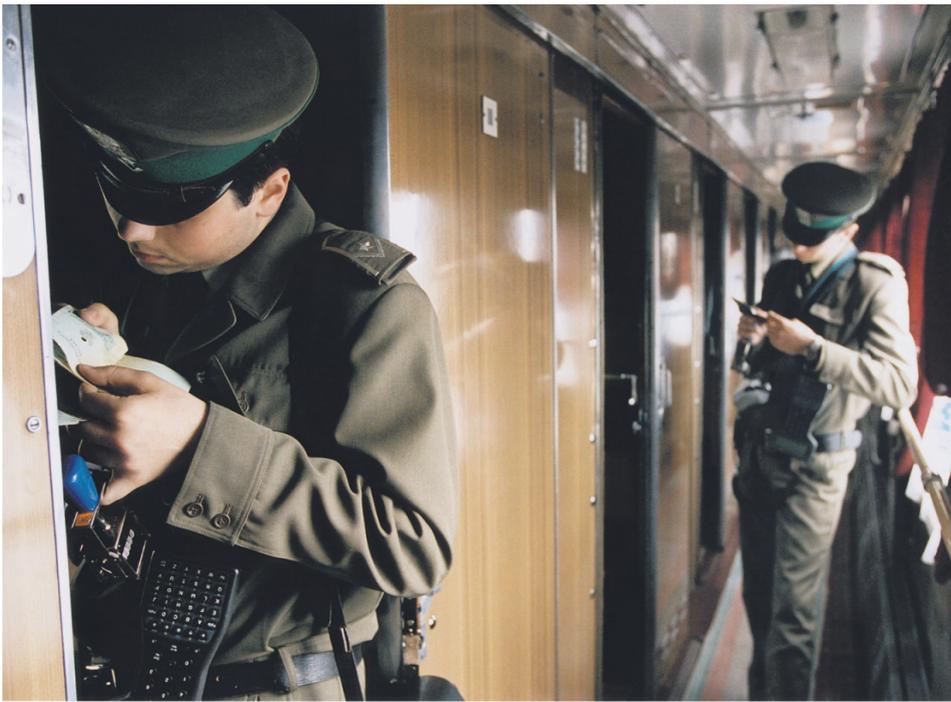


DOSSIER Gefallene Mauer, neue Grenzen



PASSKONTROLLE IM ZUG BEI PRZEMYSL AN DER POLNISCH-UKRAINISCHEN GRENZE, JANUAR 2004

FOTOS: JORDIS ANTONIA SCHLÖSSER, OSTKREUZ



DIE SCHLOSSBESITZERINNEN EWA UND JAN NIEZWIESTNY IN JUDYTY BEI SEPOPOL, POLEN, JUNI 2004

ABTREIBUNGSVERBOT Seit 1993 sind Schwangerschaftsabbrüche in Polen faktisch illegal. Das Land hat eines der strengsten Abtreibungsgesetze der Welt – ein Eingeständnis der Gewerkschaft Solidarnosc an die katholische Kirche.

Nicht ohne mein Augenlicht

Von Alice Kohli, Warschau

Vor zwei Jahren wurde Alicja Tysiac zu einer Berühmtheit. Die sehbehinderte Frau hatte den polnischen Staat am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verklagt – und Recht bekommen. Sie erhält nun rund 38 000 Franken Entschädigung dafür, dass sie ein Kind austragen musste. Im Frühjahr 2000 hatte die Mutter zweier Kinder von ihrer dritten Schwangerschaft erfahren. Es war eine Hiobsbotschaft. Denn mehrere Augenärzte bescheinigten ihr, dass sie mit der Geburt eines dritten Kindes womöglich ihr ohnehin schon schwaches Augenlicht ganz verlieren würde.

«Ich hatte Angst, weil ich schon zwei Kinder hatte. Aber blind sein und drei Kinder erziehen?» Allerdings lehnten die Augenärzte es ab, ihr eine Bescheinigung auszustellen, die einen legalen Schwangerschaftsabbruch ermöglicht hätte. Schliesslich fand sie einen Arzt für Innere Medizin, der ihr eine Erlaubnis zur Abtreibung ausstellte. In Polen dürfen Schwangerschaftsabbrüche nur

vorgenommen werden, wenn das Leben oder die Gesundheit einer schwangeren Frau durch die Geburt gefährdet ist. In den knapp zwei Monaten ihrer dritten Schwangerschaft verschlechterte sich Alicja Tysiacs Sicht auf minus 24 Dioptrien. Sie wandte sich mit der Abtreibungserlaubnis an ein Warschauer Krankenhaus. Doch der zuständige Gynäkologe weigerte sich, die Abtreibung einzuleiten. Der mögliche gesundheitliche Schaden sei zu gering, argumentierte er. Die Bescheinigung des Internisten erklärte er für ungültig und verunmöglichte damit auch die Abtreibung in einem anderen Spital. Im November 2000 kam Tysiacs Tochter zur Welt.

Die alleinerziehende Mutter dreier Kinder ist heute arbeitsunfähig und erhält eine Rente von 540 Zloty – knapp 200 Franken. Sie sieht nur innerhalb eines Radius von 1,5 Metern. Im Januar 2003 erhob Alicja Tysiac Anklage am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Das war es auch, was sie berühmt machte – nicht die Ungerechtigkeit, die ihr widerfahren war. Denn Geschichten

wie ihre spielen sich seit der Einführung eines faktischen Abtreibungsverbots 1993 in Polen unzählige ab.

Schwangerschaftsabbrüche waren zu Zeiten des Sozialismus noch völlig legal. Was ist passiert? Ein Gespräch mit der Philosophin und Feministin Slawomira Walczewska.

*

WOZ: Im Frühling 1989 – noch vor den ersten freien Wahlen in Polen – wurde ein Gesetzesentwurf zur Kriminalisierung der Abtreibung eingebracht. Entsprechend dem Abtreibungsverbot dem Volkswillen oder gab es dagegen Proteste?

Slawomira Walczewska: Die Bewegung gegen diesen Gesetzesentwurf wurde hinter der Gewerkschaft Solidarnosc zur zweitgrössten Bürgerbewegung Polens. Es bildeten sich überall antitraditionelle, antiklerikale Organisationen, die sich gegen das Abtreibungsverbot wehrten. Mancherorts kamen die Frauen sozusagen direkt aus der Küche und

gingen mit selbst gemachten Transparenten auf die Strasse. Der Gesetzesentwurf wurde als tiefgehende Provokation empfunden. Das hat die Frauen vereint.

Haben Sie damals mitprotestiert? Ich war bei der ersten Protestkundgebung in Krakau dabei. Das war noch im Frühling 1989. Nach den Wahlen, im Herbst, wurden erstmals grosse Demonstrationen gegen das neue Abtreibungsgesetz veranstaltet. Natürlich waren sie nicht so riesig wie beispielsweise im Deutschland der siebziger Jahre. Aber es war eindrücklich: Die Frauen kämpften – und zwar nicht nur für die neue Demokratie, sondern plötzlich auch für ein sogenanntes Nebenthema.

Wieso Nebenthema? War die Abtreibungsfrage kein Politikum?

Die Proteste wurden lange ignoriert. Als Adam Michnik [berühmter polnischer Publizist und damaliger Abgeordneter des Parlaments] an einem Treffen gebeten wurde, zur Abtreibungsfrage Stellung zu nehmen, winkte er ab. Mit solchen Dingen wolle er sich nicht beschäftigen. Das war für die Politiker der

PRO WOZ FÖRDERVEREIN

Die zwei Artikel zum Thema Polen auf dieser Seite wurden ermöglicht durch den Recherchefonds des Fördervereins ProWOZ. Dieser Fonds unterstützt Recherchen und Reportagen, die die finanziellen Möglichkeiten der WOZ übersteigen. Er speist sich aus Spenden der WOZ-LeserInnen.

Förderverein ProWOZ, Postfach, 8031 Zürich, PC 80-22251-0

damaligen Zeit typisch: Sie hielten den Abtreibungsdiskurs für nebensächlich. Schliesslich beschäftigten sie sich gerade mit weltbewegenden Dingen: mit der Opposition und Solidarnosc.

Gab es von der Gewerkschaft Solidarnosc eine offizielle Stellungnahme zum Thema «Abtreibung»? Erst im Jahre 1992 wurde auf dem Kongress der Solidarnosc über das →

POLEN Auch wenn die sozialistische Frau im Bergwerk arbeitete – die Rollenbilder blieben konservativ.

Frauen auf die Traktoren!

Artikel 67 der kommunistischen Verfassung Polens war eines der potentesten Diskriminierungsverbote der Welt. «Die Bürger der Volksrepublik Polen haben die gleichen Rechte, unabhängig von Geschlecht, Geburt, Ausbildung, Nationalität, Rasse, Konfession sowie gesellschaftlicher Herkunft und Stellung». 1952 trat der Artikel in Kraft. Zum Vergleich: Selbst in den USA, wo die Frauenbewegung bis heute am stärksten ist, existiert kein Verfassungsartikel, der den Geschlechtern die gleichen Rechte zusichert.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern war ein erklärtes Ziel der sozialistischen Politik. Denn in der Unterdrückung der Frauen sahen orthodoxe Marxisten einen Widerspruch, der im Klassenkampf verwurzelt war. Um diesen Widerspruch aufzulösen, sollten die Frauen wirtschaftlich und politisch «aktiviert» werden. Bereits in der ersten Wahlperiode Anfang der fünfziger Jahre waren 75 der 460 Abgeordneten im Sejm, dem polnischen Parlament, weiblich.

«Frauen auf die Traktoren!» skandierten die Parteioberen und liessen Bilder von sozialistischen Überfrauen auf Plakate malen. Mit strenger Frisur, entschlossenem Blick, eine Schaufel in der Hand – oder eben am Lenkrad eines Traktors. Nach dem Zweiten Weltkrieg benötigte die Wirtschaft Arbeiterinnen in der Industrie, an Laufbändern und in Bergminen. Dabei waren Vollzeitstellen die Regel. Wer im Sozialismus nicht arbeitete, bekam den despektierlichen Übernamen «blauer Vogel».

Ludwik, an die Kasserolle!

«Blaue Vögel» wurden vom Regime schief angesehen – denn entweder mussten sie ein Alkoholproblem haben oder eine nicht deklarierte Geldquelle. Für Frauen bedeutete eine Vollzeitstelle jedoch viel mehr als hundert Prozent Arbeit. Sie – und ausschliesslich sie – waren zusätzlich für die Kinder und den Haushalt verantwortlich. Zur Doppelbelastung der Frauen kam, dass sie oft schlecht bezahlt wurden und selten prestigeträchtige Posten bekamen.

Im Zuge ihrer Gleichberechtigungsbeghären versäumten es die Genossen, auch die Männer zu «aktivieren». Plakate, auf denen Väter ihre Kinder von der Schule abholen, Sauerkraut einmachen oder die Grosseltern pflegen, wurden keine gemalt. Mit dem Slogan «Ludwik, an die Kasserolle» versuchte 1964 immerhin ein Geschirrspülmittelhersteller, ein wenig an der traditionellen Rollenverteilung zu kratzen. Das Geschirrspülmittel «Ludwik» wurde zum Verkaufshit – hauptsächlich aber, weil es das einzige Geschirrspülmittel auf dem Markt war.

Die sozialistische Gleichberechtigungsidee war einseitig – und fusste nicht auf der Eigeninitiative der Bevölkerung. Deswegen konnte sie auch nur so lange funktionieren, wie das System bestand. Das Emanzipationskonstrukt brach mit der Wende in sich zusammen. Schon 1980, als in den Werften Danzigs die ersten regimiekritischen Streiks veranstaltet wurden, zeigte sich das wahre Gesicht hinter der aufgedrängten Gleichberechtigung. So stand zwischen

den üblichen Parolen gegen das System auf einer Wand geschrieben: «Frauen, stört uns nicht, wir kämpfen um Polen».

Machos der alten Garde

Solidarnosc, die legendäre Gewerkschaftsbewegung, die ihre Wurzeln in eben diesen Streiks hatte, gewann die ersten freien Wahlen im Jahre 1989. Schlagartig sackte der Frauenanteil im Parlament um mehr als ein Drittel ab. Und der polnische Machismo äusserte sich wieder unverhohlener. Letztes Jahr verteilte der Europaabgeordnete Maciej Giertych, der der Partei Liga Polnischer Familien (LPR) angehört, im Europaparlament Broschüren, in denen er aufzuzeigen versuchte, warum Frauen für die berufliche Arbeit nicht taugten.

Giertych hat eine nicht zu unterschätzende Anhängerschaft unter den Wählern. Wie der Taxifahrer in Warschau, der, angesprochen auf die Gleichstellung der Geschlechter, in quietschendes Gelächter ausbricht: «Ist doch egal, wenn Frauen weniger verdienen! Was

drängeln die sich auch ins Berufsleben!» Ob er es ernst meint? Vielleicht sieht er einfach nicht viel fern – denn dank der freien und mittlerweile globalisierten Medien werden auch die polnischen Männer mit neuen Rollenbildern konfrontiert. Und während die schnauzbärtigen Politiker der älteren Garde ihre Mappen im Sejm langsam schliessen, macht sich eine neue Generation Männer in Polen breit. Die Generation, die selbstbewusst Kinderwagen schiebt.

Vielleicht könnte man von einer «freiwilligen Aktivierung» der Männer sprechen, wenn die polnischen Ludwiks nun doch zur Kasserolle greifen. Und die Frauen? Sie haben nach dem Zerfall des Sozialismus nicht aufgehört, zu arbeiten. Im Vergleich zur gesamten EU sind auch heute noch in Polen überdurchschnittlich viele Frauen berufstätig. Besonders was Kaderstellen angeht, sind die Polinnen Spitzenreiterinnen. 35 Prozent der führenden Positionen in Polen sind von Frauen besetzt. Diese Zahl schlägt innerhalb der Europäischen Union nur noch Frankreich. Alice Kohli, Warschau



SÜDLICH VON KRYNKI AN DER GRENZE ZU WEISSRUSSLAND, POLEN, JUNI 2004

ZU DEN FOTOS

An der Ostwand

Ostwand nennt die polnische Bevölkerung die 1230 Kilometer lange Grenze, die ihr Land von Russland, Litauen, Weissrussland und der Ukraine trennt. Diese Grenze erstreckt sich von der Ostsee bis zu den Karpaten. Hier endet die EU. Die Festung Europa schottet sich ab. Was an Grenzbefestigung im Westen wegfiel, ist im Osten dazugekommen. Die Gesellschaften an dieser Grenze sind geprägt von Vertreibungen, Neuansiedlungen und Kriegserinnerungen. Die Menschen gehören keiner einheitlichen Ethnie und Kultur an.

Die Fotografin Jordis Antonia Schlösser hat im Grenzgebiet Polen-Weissrussland-Ukraine fotografiert. Sie hat LandarbeiterInnen, Jugendliche, SchmugglerInnen und Neureiche getroffen. Eine Frage sei immer präsent gewesen: Heimat – was ist das? Sie schreibt: «Wo auch immer ich hinkam, begegnete ich der Erinnerung an das grosse Trauma des 20. Jahrhunderts: die Politik der Vertreibung und ihre Opfer unter Polen, Ukrainern, Weissrussen und Deutschen.» Die Menschen an der Ostwand würden in einer Art Zwischenwelt leben. «Sie haben sich irgendwo in einer Lebensform arrangiert, die zwischen der des ehemaligen Ostblocks und der des reichen Europa liegt.» ds

SCHOCKTHERAPIE Die schnelle Wende hat in Osteuropa die Menschen krank gemacht.

Lebensbedrohliche Revolution

Von Jens Holst

Bis jetzt fehlen die Warnhinweise, wie sie auf Zigarettenpackungen üblich sind: Marktwirtschaft kann tödlich sein. Das ist keine Erkenntnis, die nun im Zuge der aktuellen Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Hungerkrisen entstanden ist, sondern ein Schluss, der aus dem Niedergang des Staatssozialismus im ehemaligen Ostblock gezogen werden kann. Eine kürzlich in der angesehenen Medizinfachzeitschrift «Lancet» veröffentlichte Studie zeigt, dass infolge radikaler Privatisierungswellen vor allem Männer deutlich früher sterben. Die britischen Gesundheitswissenschaftler David Stuckler, Laurence King und Adam Cutts weisen nach, dass die Sterblichkeit vor allem dort in die Höhe schnellte, wo der Umbruch von der sozialistischen Plan- zur kapitalistischen Marktwirtschaft radikal erfolgte.

Zehn Millionen vorzeitige Todesfälle

Zwanzig Jahre ist es her, dass der Kapitalismus als Sieger aus der Geschichte hervorzugehen schien und seinen weltweiten Triumphzug einläutete. Nach Auflösung der Sowjetunion und des Ostblocks vollzogen die Staaten Osteuropas und Zentralasiens einen jähen gesellschaftlichen Wandel und stellten die Weichen auf Wettbewerb und Marktwirtschaft. In den Folgejahren ging mancherorts die Lebenserwartung vor allem der Männer dramatisch zurück. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen Unicef beziffert den Blutverlust des kapitalistischen Umbruchs auf drei, die UN-Entwicklungsbehörde UNDP sogar auf zehn Millionen vorzeitige Todesfälle.

Anfangs führte man diese besorgniserregende Tendenz vor allem auf den Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung und der staatlichen Fürsorge zurück. Tatsächlich kam es auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderer Finanzinstitutionen in den verschiedenen Nachfolgestaaten zu drastischen Kürzungen der Ausgaben für die Tuberkulosebekämpfung sowie zu einem spürbaren Rückgang der Arztdichte und der Zahl der Krankenhausbetten. Diese Entwicklungen trugen zu einem deutlichen Anstieg der Tuberkuloseerkrankungen und von deren tödlichen Folgen bei. Auch der hohe

Alkoholkonsum und die Zunahme der Herz-Kreislaufkrankungen liessen in den radikal privatisierenden Staaten die Sterblichkeitsrate deutlicher ansteigen als anderswo. Zudem nahm die Zahl der Selbstmorde und Morde zu. Der gesellschaftliche Umbruch war so tiefgehend, dass er praktisch alle Bereiche der Gesellschaft erfasste. Neben der Privatisierung und dem teilweisen Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung verringerten vor allem die rasant ansteigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und nicht zuletzt die immer ungleichere Einkommensverteilung die Lebenserwartung der Menschen.

Bei ihrer Erforschung der Lebenserwartung von 15- bis 59-jährigen Männern in verschiedenen ehemaligen Ostblockländern verglichen die britischen Wissenschaftler die Entwicklung in verschiedenen Staaten. Dabei unterschieden sie zwischen den Turbokapitalisten und ihren PolitikerInnen, die auf Geheiss von Weltbank, IWF und anderen einen radikalen Kurswechsel vornahmen und innerhalb zweier Jahre mindestens ein Viertel der Staatsunternehmen privatisierten, und solchen, die den Weg in Richtung Kapitalismus langsamer beschritten. Anschliessend analysierten sie mit statistischen Methoden die Effekte, die auf die unmittelbaren Privatisierungsmassnahmen zurückzuführen sind, indem sie Faktoren wie die Ausgangslage, Preisentwicklung, Handelsliberalisierung, Einkommensschwankungen, Konflikte und andere mögliche Störgrössen herausrechneten.

Die Frauen kommen besser klar

Es zeigte sich zunächst, dass die Schocktherapie zu deutlich höherer Erwerbslosigkeit führte, die durchschnittlich um drei Fünftel über jenen der vorsichtiger privatisierenden Regierungen lag. Die Zunahme der Arbeitslosenrate um ein Zehntel wiederum verursachte einen Anstieg der Sterblichkeit von Männern um bis zu drei Prozent. Ein grosser Teil der Unterschiede in der Lebenserwartung von Männern im arbeitsfähigen Alter ist somit auf die rasant steigende Erwerbslosigkeit bei sehr rascher und massiver Privatisierung zurückzuführen. Dieser Effekt tritt besonders stark in der Anfangsphase des gesellschaftlichen Umbruchs auf.

Besser geschützt vor der Unbill des hereinbrechenden Kapitalismus waren

interessanterweise jene Gesellschaften, in denen ein grosser Teil der BürgerInnen organisiert ist – in Sportvereinen, Kirchen, Betriebsgruppen oder Gewerkschaften. Unklar bleibt, warum die weibliche Bevölkerung resistent gegen kapitalistische Umbrüche zu sein scheint, obwohl in den ehemals sozialistischen Staaten viele Frauen erwerbstätig und daher ebenfalls von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Überhaupt werfen solche Untersuchungen viele Fragen auf, müssen sie doch komplexe Zusammenhänge auf überschaubare Grössen eingrenzen. Dennoch kommt der Studie unbestreitbar das Verdienst zu, dass sie auf Folgen der Wirtschaftspolitik hinweist, die ÖkonomInnen wie PolitikerInnen üblicherweise völlig ausser Acht lassen.

Alte Rezepte für Litauen

Vor dem Hintergrund der aktuellen Kapitalmarktkrise und des akuten Bedarfs vieler Entwicklungs- und Schwellenländer an zusätzlichen Finanzmitteln ist ein kritischer Blick auf die bisherige Vergabepolitik des Weltwährungsfonds vonnöten. Jahrelang hatte der IWF die Vergabe von Krediten an strenge Sparauflagen geknüpft, die nur durch forcierte Privatisierungen und drastische Kürzungen der Sozial- und Gesundheitsausgaben umzusetzen waren. So warnen die britischen Wissenschaftler ausdrücklich vor der erneuten Anwendung von Schocktherapien etwa in China, Indien oder Ägypten. Aber auch die reichen Staaten Europas und Nordamerikas sind – in der aktuellen Krise – nicht gegen vergleichbare Folgen gefeit. Die Konsequenz: Nicht nur dem Finanzkapital, auch dem Turbokapitalismus müssen enge Grenzen gesteckt werden.

Doch die ÖkonomInnen der internationalen Institutionen scheinen nicht viel dazugelernt zu haben. Vor wenigen Monaten erst knüpfte der IWF die Vergabe eines wichtigen Kredits für Litauen an die Kürzung der Sozialausgaben auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die litauische Regierung strich daraufhin die Gesundheitsversorgung und das Bildungsangebot auf ein Minimum zusammen; jetzt steht die Gesellschaft des kleinen baltischen Landes am Rande des Ruins.

JENS HOLST ist Arzt für Innere Medizin und Gesundheitswissenschaftler. Er schreibt regelmässig für die WÖZ.

→ Thema diskutiert. In einer Abstimmung sprach sich die Versammlung für die Kriminalisierung der Abtreibung aus. Von den Anwesenden waren allerdings nur zehn Prozent Frauen. Die Frauenkommission der Solidarnosc war für ein liberales Abtreibungsgesetz. Es war klar, dass da etwas gewaltig schief ging – selbst in der legendären Solidarnosc-Bewegung.

Solidarnosc sicherte sich mit dem Abtreibungsverbot die Unterstützung der katholischen Kirche. Liess diese starke Allianz die Proteste der Frauen verstummen?

Nein. Linke Organisationen und Frau-

«Die Frauen kämpften plötzlich auch für ein sogenanntes Nebenthema.»

Parlament im Alleingang die Kriminalisierung der Abtreibung. Immerhin zeigt die Tatsache, dass es vier Jahre, von 1989 bis 1993, bis zu dem Entschluss brauchte, dass es ihnen nicht einfach gemacht wurde. Es gab ein Potenzial, ein anderes Denken. Nur reichte das nicht aus, um gewürdigt zu werden.

Eine illegale Abtreibung kann heute mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Ist die Lage aussichtslos?

Es gab einen Moment, wo es schien, dass der Beitritt zur Europäischen Union helfen könnte. 2002, als klar war, dass Polen bald Mitglied der EU würde, schrieben mehrere Hundert bekannte Frauen einen offenen Brief an das Europäische Parlament. Sie forderten darin, das Abtreibungsgesetz zum Thema der Beitrittsverhandlungen zu machen. Sie forderten, dass das polnische Gesetz sich an westeuropäische Abtreibungsgesetze anpassen und liberaler werden sollte. Aber die katholische Kirche wehrte sich erfolgreich dagegen.

Gibt es eine Basisbewegung für die Legalisierung der Abtreibung?

Für mich und die Frauen meiner Generation ist es wichtig, Strukturen zu bilden. Damit die Frauen nicht wieder mit selbst gemalten Transparenten auf der Strasse stehen. Ich werde eine solche Bewegung unterstützen, aber ich bin nicht mehr dazu bereit, sie selbst zu initiieren. Das habe ich vor 20 Jahren gemacht. Es ist die Arbeit der Frauen von heute. ♦

SLAWOMIRA WALCZEWSKA



Slawomira Walczewska (geboren 1960 im katholischen Wallfahrtsort Tschenschow) studierte in Krakau und Freiburg Philosophie und feministische Kulturkritik in Bonn, Warschau und Wien. 1991 war sie Mitgründerin der Frauenstiftung Efka. Die aktive Feministin hat zum Thema der Frauenbewegung in Polen mehrere Bücher herausgegeben. 2008 erhielt sie den Preis der Dortmunder Stiftung Aufmüpfige Frauen.

engruppierungen begannen, Unterschriften zu sammeln. Sie forderten vergeblich, dass in der neuen Verfassung Elemente der direkten Demokratie festgeschrieben werden. Dadurch sollte eine Volksabstimmung über die Abtreibungsfrage möglich gemacht werden. 1992 hatte Polen noch keine Verfassung. In einer Volksabstimmung sahen wir unsere letzte Chance, das Gesetz noch abzuwehren. Von den 460 Abgeordneten im Parlament waren nur 45 Frauen. Wir wollten die Entscheidung, ob Abtreibung legal oder illegal sein soll, nicht dem Parlament überlassen.

Sie sagten, die Bürgerbewegung gegen das Abtreibungsverbot sei die zweitgrösste Bürgerbewegung in Polen gewesen – welche Ausmasse hatte sie konkret?

In allen grossen Städten gab es Benefizkonzerte, öffentliche Reden, Demonstrationen und Paneldiskussionen. Es war sehr viel los. Aber am bedeutendsten war, wie viele Leute sich engagiert haben. Es wurden über eine Million Unterschriften zur Einführung von Volksabstimmungen gesammelt. Manche sprachen sogar von 1300 000.

Was geschah mit den Unterschriften?

Sie wurden mit einem Gesetzesentwurf an das Parlament geschickt. Aber die neue Demokratie ignorierte die Stimmen von über einer Million Bürger vollkommen. Schliesslich entschied das